

Bregenzerwälder Zeitung

Donnerstag, 28. März 2024 Abhängige Zeitung des Kulturforums Bregenzerwald Nr.14, 10. Jg. 2024 unbezahlbare Gratisausgabe für den Wald

Wind um Strom und Bach im Wald

Wie den Medien zu entnehmen war, wollte die landeseigene illwerke vkw AG den Mellenbach in Mellau zur Stromerzeugung nützen und dort nach eigenen Angaben ein „Kleinwasserkraftwerk“ errichten. Teile der geplanten Kraftwerksanlage hätten das Naturschutzgebiet „Hohe Kugel – Hoher Freschen – Mellental“ tangiert. Laut Umweltverträglichkeitsprüfungs-Feststellungsbescheid handelt es sich bei diesem um ein „besonderes Schutzgebiet“ der Kategorie A des Anhangs 2 zum UVP-G 2000. Laut Spruch dieses Bescheides war das gegenständliche Vorhaben keiner Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) zu unterziehen. Es waren Rodungen – zum Teil im Naturschutzgebiet – im Ausmaß von knapp 2 ha geplant und die Jahresleistung wurde mit 12 Gigawattstunden berechnet, also grob gerechnet wie zwei mittlere Windkraftanlagen. Die 13 Wassergroßkraftwerke des Landes erzeugen insgesamt 88,5 % der Energie, die restlichen 184 Kraftwerke zusammen 11,5 %, wobei das geplante Kraftwerk mit 3,7 MW ein kleines „mittleres“ wäre, von denen es bisher 15 Anlagen gibt, die gesamthaft 8,5 % der Energie liefern, Stand 2020.

Widerstand hat sich formiert

Mittlerweile hat sich aus der Bevölkerung Widerstand formiert, der sowohl den Bürgermeister von Mellau als auch die Betreibergesellschaft zu einem Rückzug veranlasst hat, um Anpassungen vorzunehmen bzw. eine Neuplanung in Angriff zu nehmen. Die Kraftwerksgegner haben sich im Februar zur Bürgerinitiative „promellental.at“ zusammengeschlossen, um dieses – ihrer Meinung gemäß – unsinnige Projekt zu verhindern. Dabei stehen ihnen namhafte Umweltschutz- und Naturschutzinstitutionen zur Seite und liefern ihre Argumente mit. Dass Stromproduktion mittels Wasserkraft enkeltaugliche Energiegewinnung ist, kontern sie mit dem Argument, dass es eine Verpflichtung für Mellau ist, für die kommenden Generationen unsere Natur zu erhalten. Dass das Mellental-Kraftwerk laut illwerke-vkw-AG-Sprecher Andreas Neuhauser in den Vorarlberger Nachrichten ein wichtiger Beitrag für die Energieautonomie des Landes darstellen würde, lassen die Kraftwerksgegner nicht gelten, würde doch für 0,47 % der erzeugten Energie im Land ein ganzes Tal und eines der letzten Wildwasser im Bregenzerwald zerstört. Dass das Projekt teilweise im Naturschutzgebiet gelegen wäre, mache dieses Kraftwerk nur unter Umgehung von Gesetzen möglich, gebe es doch in der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie ein absolutes Verschlechterungsverbot für die Wasserqualität aller Gewässer.

Landesrat Daniel Zadra sieht Alternativen

Wie in der letzten Bregenzerwälder Zeitung (Nr. 13, April 2023) von einem Experten des Landesfischereizentrums berichtet, herrscht bei der Bregenzerach flussabwärts von Bezau der schlechteste ökologische Zustand (Klasse 5) vor. Dass dieser mit den Kraftwerkswehranlagen und einer sehr geringen, unzureichenden Wasserführung, massiven Schwall- und Sunkerscheinungen und Geschiebeentnahmen zu tun hat, wurde dort erläutert. Auch sprach sich Landesrat Daniel Zadra, zuständig u. a. für Umwelt- und Klimaschutz und Energie, in jener Ausgabe für Wasserkraftwerksprojekte aus, bei denen mit wenig Eingriffen in die Natur und Landschaft viel Energiegewinnung möglich sei, wie er es beim angedachten Druckstollen ab Doren-Bozenau bis zum Bodensee nach Lochau gegeben sieht. Darüberhinaus sollte dieser auch noch für die Sedimentsbewirtschaftung des Speichers Bolgenach vorteilhaft sein. Diese Sedimente belasteten die Bregenzerache ökologisch massiv und dieses Kraftwerk wäre für die Bregenzerache deshalb ökologisch von Vorteil und würde letztlich die Gewässerqualität dieser verbessern. Laut LR Zadra wurde dieses Projekt nun nach einigen Bemühungen in einen Arbeitskanon des landeseigenen Energieunternehmens aufgenommen. Laut Zadra wäre dieses Wasserkraftwerk das größte noch mögliche Wasserkraftwerk für Vorarlberg im Sinne der Primärenergiegewinnung. Dieses Kraftwerk würde eine geschätzte Jahresleistung von bis zu 116 GWh liefern, also fast die 10-fache Energiemenge des Kraftwerkes Mellental. Das wäre der Bedarf von bis zu 26.000 Haushalten, also die der Stadt Dornbirn und Schwarzach zusammen, erläutert LR Zadra. Freilich müssen auch bei diesem Projekt die Auswirkungen auf die Bregenzerache, auf die Ökologie und die Natur- und Landschaftsbeeinträchtigungen geprüft und bewertet werden. Noch weniger Wasser im Unterlauf der Bregenzerache ist zeitweise schwer vorstellbar, gerade wegen der schlechtesten Wasserqualität in diesem Bereich.

Naturschutzgebiet und Gewässerqualität

Ob vor diesem Hintergrund ein Kraftwerk beim Mellenbach klug wäre, darf tatsächlich hinterfragt werden. Sind die Eingriffe, u. a. in das Naturschutzgebiet, aber auch in die gesamte taleigene (Wasser-)Landschaft mit dieser

zusätzlichen Energiemenge zu rechtfertigen? Eine Verschlechterung der Wasserqualität des Mellenbaches würde überdies in Folge die Bregenzerache auch oberhalb von Bezau zusätzlich beeinträchtigen und diese wohl weiter negativ beeinflussen. Zumal Landesrat LR Zadra in diesem Interview auch betonte, dass wir Windenergie brauchen werden, um die Winterlücke im Land bei der Energiegewinnung zu schließen. Diese liefert auch dann Energie, wenn den Wasserkraftwerken wenig Wasser zur Verfügung steht und wenn die Sonne nicht auf die PV-Anlagen scheint. Dass auch Windkraftanlagen Auswirkungen auf die Natur, die Tierwelt und die Landschaft haben, verschwieg er dabei nicht. Aber die Landesregierung wolle bei solchen Kraftwerken sensibel vorgehen und gleichzeitig offen und umfassend informieren, die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung ernstnehmen. Für Windkraftanlagen wird es übrigens ein gesetzlich rascheres UVP-Verfahren geben. LR Daniel Zadra sagt auf Anfrage, dass solche Projekte grundsätzlich in der Entscheidungskompetenz des Unternehmens und der Region bzw. der Gemeinde liege. Würde ein neues Projekt vorgelegt werden, würde wieder die Notwendigkeit für ein UVP-Verfahren genauestens geprüft, weil doch ein großes, zusammenhängendes Naturschutzgebiet betroffen ist. Zudem sei das Potential bei der Photovoltaik noch nicht ausgereizt und zuletzt kamen 2023 alleine 100 MW Energie durch neue PV-Anlagen dazu. Der Ausbau gehe weiter, die PV-Anlagen werden günstiger und leistungsstärker und es stünden noch ausreichend bereits versiegelte Flächen zur Verfügung, ohne in die Natur eingreifen zu müssen. In Vorarlberg gebe es hier auch keine Netz- und Speicherprobleme wie z. B. in Oberösterreich. Und um die Winterlücke zu schließen, brauche es in Zukunft auch die Windkraft. Vorläufig darf der Mellenbach also weiterhin ruhig dahinfließen und die Projektgegner werden weiterhin wachsam und aktiv sein.

Die illwerke vkw AG versucht einen neuen Anlauf

Seitens der illwerke vkw AG sagt der Leiter der Kommunikation, Andreas Neuhauser, dass dieser Standort im Dialog mit der Gemeinde, der Region und der Bevölkerung neu angegangen wird und auch ein Prozess dazu gestartet wird, um ein neues Projekt im Einklang zu entwickeln. Wie schwierig bzw. unmöglich das ist, weiß der ehemalige Regionsmanager aus dem Montafon. Dass die illwerke vkw AG im Rahmen ihrer Geschäftsfelder neue Projekte entwickelt, ist ihr Auftrag und legitim. Dass Wasserkraft ein wichtiger Teil der grünen Energiewende ist, ist klar. Dass sich die vkw illwerke AG in Deutschland bei Windkraftprojekten engagiert, ist wohl einer sinnvollen Diversifizierung in der Stromproduktion geschuldet und bringt möglicherweise auch Know-how und Erfahrungen mit sich, die es auch im Land brauchen wird. Einerseits, weil LR Zadra erklärte, dass wir auch Windenergiegewinnung brauchen, um die Winterlücke in der Wasserwirtschaft zu schließen, andererseits seien die Potentiale für zusätzliche Wasserkraftwerke schon weitgehend erschlossen. Aus Natur- und Umweltschutzgründen, aber auch aus gesetzlichen Vorgaben wie eben der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie und anderen EU-Naturschutzvorgaben lassen sich wohl kaum mehr größere Kraftwerke realisieren, und bei den kleineren ist nicht zuletzt die Bevölkerung sensibilisiert. Ob sich Windkraftanlagen leichter realisieren lassen, steht auf einem anderen Blatt. Dass sich Montafoner Schigebietsbetreiber hier offen zeigen, macht aber Hoffnung. Dort, wo schon Infrastruktur da ist, Wege und Energieleitungen, die Landschaft schon mit Liftanlagen bestückt ist, müssten auch noch Windräder Platz haben und stolz von der Energiewende in unserem Land künden. Abgesehen von einer kurzen Amortisationszeit. **kb**

Güterabwägung

Wann immer bei einer zu treffenden Entscheidung sich zwei Güter gegenüberstehen, die sich gegenseitig ausschließen oder behindern, ist eine Güterabwägung notwendig. Diese betrifft nicht nur materielle Güter, wie im Falle eines Wasserkraftwerkbaues, wo es einerseits die Chance zur zumindest grundsätzlich ökologischen Energiegewinnung gibt und andererseits Naturräume und natürliche Gewässerqualitäten möglichst unverändert erhalten bleiben sollen. Diese Güterabwägung sollte immer rational erfolgen, also vernunftgemäß,

hat aber immer auch eine ethische Dimension: was steht höher oder ist das höhere Gut? Relativ umweltfreundliche, auch enkeltaugliche Energiegewinnung für die Sicherung oder gar Erhöhung des Wohlstandes, oder der höchstmögliche Schutz der betroffenen Natur – der Erhalt der naturnahen Landschaft für unsere Nachkommen? Mit der Vernunft alleine ist es also nicht getan. Vielmehr braucht es auch die ethische Diskussion in der Bevölkerung und bei Entscheidungen, bei der die andere Meinung respektiert wird und eine akzeptierte Entscheidung folgen kann.

Demokratie wählen!

Weltweit ist die Anzahl der demokratischen Staaten rückläufig. Gemäß dem *V-Dem Demokratiereport* lebten 2022 rund 72 % der Weltbevölkerung in als autokratisch bewerteten Ländern, womit das globale „Demokratielevel“ auf das Niveau Mitte der 1980er-Jahre gesunken und die Zahl der Menschen unter autokratischer Herrschaft innerhalb von zehn Jahren um mehr als 50 % gestiegen ist. Berücksichtigt werden bei dieser Bewertung unter anderem die Presse- und Meinungsfreiheit, die Ausgestaltung des Wahlsystems oder die Gewaltenteilung. Österreich liegt in diesem Ranking auf Platz 33 zwischen Slowenien und Jamaika und setzt seinen Abwärtstrend zu 2021 (Rang 26) und 2020 (Rang 24) fort. An der Spitze rangiert Dänemark, ganz am Ende Nordkorea.

2024 werden in mehr als 60 Ländern der Welt Wahlen abgehalten, die mehr als 3,5 Milliarden Menschen und damit rund 45 % der Weltbevölkerung betreffen. In Österreich finden sieben Wahlen statt: von der Arbeiterkammerwahl bis hin zu den (planmäßigen) Nationalratswahlen im Herbst. Die Ausgänge: zum Teil völlig offen. In der Stadt Salzburg könnte es den nächsten kommunistischen Bürgermeister geben, bei den Wahlen zum Europaparlament, diese ist ein wichtiger Stimmungstest für die österreichische Bundesregierung, droht ein Rechtsruck. Bei den Umfragen zur Nationalratswahl führt die FPÖ mit ihrem Chef Herbert Kickl.

Die weiter oben skizzierten Entwicklungen in illiberale Richtungen sind die eine Seite. Die andere ist die Stärke der Gegenkräfte dieser Tendenzen. Insofern sind Wahlen die Möglichkeit, ernsthafte Zweifel an der Eignung jener zu äußern, die in Viktor Orban ein politisches Vorbild sehen und ungeniert eine NS-Diktion verwenden („Systemparteien“, so Adolf Hitler im Sommer 1932 zu Reichskanzler Franz von Papen) und ein rücksichtsloses Vorgehen gegen Unliebsame unverhohlen ankündigen („Fahndungslisten“). Insofern ist, sowohl aus innenpolitischer als auch globaler Sicht, das freie, geheime und gleiche Wahlrecht ein geeignetes Mittel, um einem politischen Stil, populistischen Botschaften und untauglichen Vorschlägen eine Absage zu erteilen.

„Behüte der Himmell! Sie meinen es politisch!“ schrieb Karl Kraus Anfang des 20. Jahrhunderts angesichts der Widerstände, die von den Aktivistinnen des Frauenwahlrechts entgegen schlugen. Auch in einem anderen Kontext und der heutigen Zeit hat dies nichts von seiner Aktualität verloren. **Christian Diedo Troy**

Impressum:
Bregenzwälder Zeitung,
Redaktion: Kurt Bereuter, Vorholz 263,
6861 Alberschwende
Druck: Thurnher Druckerei,
Grundweg 4, Rankweil/A
Briefe an die Herausgeber:
Kulturforum Bregenzwälder
Vorholz 263, 6861 Alberschwende
www.kufobregenzwälder.at

Queer im Bregenzwälder

Bernhard Dünser

„Kann es im Wald gelingen, als schwuler Mann ein selbstbewusstes Leben zu leben?“ Diese Frage wurde mir vor einigen Wochen gestellt. Und meine Antwort? Ja, es kann gelingen. Mittlerweile. Wären da nicht die Ängste, die oft auf Erfahrungen aus der eigenen Jugend beruhen und die auch heute noch – immer wieder auf Pausenhöfen und Stammtischen – Thema sind. Weshalb wird Anderssein immer noch so kritisch beurteilt und beschimpft? In meinen Augen ein No-Go!

Seit einigen Jahren weiß ich, was es bedeutet, als offen schwuler Mann im Bregenzwälder zu leben. Ich erlebe viele Menschen, die sich mit mir über mein „neues“ Leben freuen. Ich erlebe auch Widerstand, den ich gelegentlich auch bewusst aushalten muss. Manchmal, da ertappe ich mich heimlich, dass ich mir denke, ob es für mich in Bregenz, Wien oder Berlin nicht einfacher wäre?

Und ich bin nicht der Einzige: „Über Homosexualität im Wald zu sprechen ... das ist doch gar nicht möglich. Genau deshalb ist es für mich so schwer, hier zu sein.“ Matthias* ist schwul und lebt seit einigen Jahren in einer Stadt: „Ich hatte es schon in der Schule schwer. Die Angst, dass es im Beruf so weitergeht, war zu groß, um hier Fuß zu fassen.“

„Ich bin Mama von drei Kindern. Ich bin lesbisch und traue mich gar nicht, es offen zu leben. Schon der Gedanke, dass meine Kinder gehänselt werden, lässt dies nicht zu.“ Marianne* lebt in einem Dorf und ist geschieden. „Wir sind Eltern von einem trans*Kind. Wie oft müssen wir uns erklären. Das Leben im kleinen Dorf macht das grad nicht einfacher. Ich wäre froh, wenn da mehr Toleranz wäre.“

Es ist kein Geheimnis, dass es LGBTIQ*-Personen häufig in die Stadt zieht. Das Leben ist dort anonym. Auch das Angebot für queeren Austausch und die Möglichkeit eines niederschweligen Beratungsangebotes in einem sicheren Umfeld zieht Menschen in die Stadt. „Hier kann ich in die Beratungsstelle für queere Menschen gehen, ohne dass mich eine verwandte oder bekannte Person sieht und daraus gleich eine Geschichte wird.“ Matthias* ist schon lange in der Stadt. Er hat hier Fuß gefasst. Fast alle in seiner Heimat wissen, dass er schwul ist. Niemand weiß aber, dass er eigentlich Heimweh hat und es ihn aber viel Überwindung kosten würde, zurückzukommen.

Zugegeben, was die Bilder des Maklers vom „Alpresort Krähnenberg“ in Sibratsgfall herzeigen, ist beeindruckend. Diesen „Standard“ hätten wohl viele gern – zuhause. Auf der Alpe? Abgesehen davon, dass dieses Gebäude mutmaßlich entgegen gesetzlicher Bestimmungen und baurechtlicher Genehmigungen so gebaut wurde – die Behörden prüfen und es gilt wie immer die Unschuldsvermutung – ergeben sich daraus mehrere Fragen, die auch für die Gesellschaft und die Politik relevant sind.

In rechtlichen Fragen haben sich offenbar Bürger dem Volksanwalt anvertraut und ich wiederum vertraue diesem, dass er sich korrekt darum kümmert. Aus ökologischer Sicht stellt sich die Frage, ob ein teilweiser Abbruch und/oder Rückbau Sinn macht oder doch eine rechtliche Sanierung? Dann würde der Betrieb in seiner nicht allgemäßen Nutzung als Luxusresort für die obligatorisch vermögenden Eigentümer und deren Gäste entsprechende ökologische und soziale Folgekosten nach sich ziehen. Aus moralischer und rechtspräventiver Sicht müsste bei einer rechtlichen Sanierung die Strafe dermaßen hoch sein, dass es sich nie und nimmer „lohnen“ würde, so eine „allfällige“ Strafe einfach in die Gestehungskosten einzukalkulieren.

Der Rechtsvertreter in dieser Sache, Dr. Wilhelm Klagian, vertrat im ORF-Vorarlberg-Interview folgende Meinung: „Aber das ist kein Luxus und ich glaube, es ist einem Unternehmer, der in die Alpwirtschaft investiert, zuzugestehen, dass er eine Alpe so ausbaut, wie es seinen Qualitäts- und Komfortansprüchen entspricht.“ Aha, jeder Bauwillige weiß, dass die Gesetze und die Bauvorschriften für alle zu gelten haben, warum soll es gerade im Falle einer Alpe anders sein? Weil die Gebäude sonst unverkäuflich sind? Wenn wir die Nutzung und die Reihe der Kaufinteressenten erweitern würden, gäbe es genügend Kaufinteressenten, die mit einer weniger luxuriösen, dafür allgemäßen Nutzung, Bebauung und Betrieb das Auslangen finden und der Kulturlandschaft einen Dienst erweisen würden. Darum gibt es ja eine Raumplanung, Widmungen und Grundverkehrskommissionen, die genau das sicherstellen sollten und nicht einfach den Vermögenden Tür und Tor öffnen.

Queer am Land? Eine Frage der Angst?

Die Menschen im Bregenzwälder sind mittlerweile sehr offen, was den Umgang mit verschiedenen Lebensformen angeht. Oft sind es die sozialen Strukturen und Gewohnheiten, die es queeren Menschen erschweren, ihren eigenen Weg zu gehen. Es sind alte Muster und Normen, die oft nicht hinterfragt werden. Viele Vereine oder auch religiöse Organisationen sind in der Regel nicht sehr progressiv und (noch) verschlossen für Neues. LGBTIQ*-Menschen stoßen nach wie vor an Grenzen, die ein Coming Out und damit auch das queere Leben am Land erschweren. Was löst hier bei den Menschen so viel Angst und Verunsicherung aus?

Queer am Land? Eine Frage der Überforderung?

Was bedeutet es, wenn ich mich dazu entscheide, so zu sein wie ich bin? Was macht es mit meinem Umfeld? Oft machen queere Menschen am Land die Erfahrung, dass Menschen verwirrt reagieren. Bei Männern finden sie Liebe grauslich, bei Frauen können sie Liebe nicht verstehen. Hier wünschen sich Betroffene, dass sie einfach direkt angesprochen werden: „Weißt du, was es heißt, wenn ich mich dazu entscheide, offensichtlich anders zu sein?“ Gedanken, Fragen und Unerfahrenheit mit neuen Lebenswelten können sich durch ein Gespräch in ein offenes Miteinander verwandeln. Und das erfordert Mut – von beiden Seiten.

Queer am Land? Gemeinschaft als Schutzraum?

Dieses offene Miteinander, das Raum gibt um „alte Normen zu hinterfragen“ bringt Menschen einander näher. Es entsteht ein sozialer Schutzraum, der sowohl queeren Jugendlichen als auch allen anderen dienlich ist für eine gelingende Gemeinschaft, ein gesundes Miteinander und eine offene Kommunikation. Eine gute Gemeinschaft gilt als gesundheitlicher Schutzfaktor und unterstützt alle Jugendlichen und Heranwachsenden auf ihrem Weg. Es sind oft simple Gesten, mit denen Jugendliche unterstützt werden können: Zuhören, ein wohlwollendes Wort oder einfach eine Regenbogenfahne am Dorfplatz oder ein bunter Zebrastrifen. Klar, es ist „nur“ Symbolpolitik. Aber diese Symbole können das Lebens- und Zugehörigkeitsgefühl vieler Menschen verändern.

Queer am Land? Beratungsstellen

für Betroffene und Angehörige: Amazone, Offene Jugendarbeit Bregenzwälder, GoWest, proQueer, Cafe am Waldrand ... weil #redenhilft

Quer gedacht beim Alpresort?

Kurt Bereuter

In dieselbe Kerbe schlägt wohl auch seine weitere Bemerkung: „Wenn jetzt einmal ein Unternehmer oder mehrere Unternehmer im Land immer wieder mal eine Alpe kaufen, diese renovieren oder neu errichten und von einem Landwirt betreiben lassen, dann finde ich sollte/sollten diese Personen ein Lob bekommen und alle sollten sich freuen, dass private, vermögende Menschen investieren, ohne den Steuerzahler zu belasten.“ Das Lob verdienen diese Menschen, wenn sie sich um das Gemeinwohl kümmern und nicht um ihren eigenen Luxus. Wenn Steuermittel fließen, zum Beispiel in die Bewirtschaftung von Alpflächen, so sei das durch die Pflege der Kulturlandschaft wohl begründet und sollte als Unterstützung zum Erhalt dieser gelten und kann dann Lob verdienen.

Letztlich hat dieser Fall aber auch seine guten Seiten. Denn längst sollten wir uns Gedanken darüber machen, was wir mit Alpen und deren Gebäuden, aber auch mit vielen Vorsäben und deren Gebäuden, tun sollen und tun dürfen. Im Montafon gab es dazu schon vor Jahren Überlegungen im Rahmen eines Leader-Projektes (<https://www.regio-v.at/news/maisaesse-sanieren>) und es gibt wenigstens Richtlinien und Beratungen. Der Bregenzwälder sollte das schleunigst nachholen und Rahmenbedingungen formulieren, die sowohl baurechtlich als auch kulturraumgemäß zukunftsfähige Lösungen aufzeigen und ermöglichen, dass diese landschaftsprägenden Objekte erhalten bleiben, denn sie können durchaus als kulturelles Erbe gesehen werden. Aber unter völlig anderer Nutzung mit völlig anderem Betriebskonzept diese Gebäude nach Gutdünken oder Vermögen zu verändern und auszubauen, kann nicht im Sinne einer vernünftigen Raumplanung, einem Schutz der Kulturlandschaft und einem Schutz der Natur zuträglich sein. Der Schlamassel ist bereits angerichtet, was jetzt tun mit dem Gebäude? Rückbau, also Abbruch des Luxus, oder ...? Auf alle Fälle ist es Zeit, Ordnung zu schaffen: Für die Eigentümer, die Gebäude, die Landschaft und die Kultur darin. Es ist eine Frage, wie wir mit diesem materiellen und kulturellen Erbe umgehen. Vorläufig bleibt diese Frage im Bregenzwälder unbeantwortet – was ja nicht in alle Ewigkeit so bleiben muss.

Bundesminister Johannes Rauch im Gespräch

mit Kurt Bereuter

Johannes Rauch, 64, ist seit zwei Jahren Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz unserer Republik. Davor war er in Vorarlberg Landesrat für Umweltschutz und Nahverkehr und seit 2004 ist er hauptberuflicher Politiker. Von Beruf war er zuletzt als diplomierter Sozialarbeiter tätig, nach Besuch der Handelsschule und vier Jahren Bankangestellter und Jugendarbeiter bei der Pfarrgemeinde Rankweil. In Rankweil begann er als Gemeindevertreter seine politische Karriere. Im Herbst will er sich nach dieser Legislaturperiode aus dem Amt des Bundesministers zurückziehen. Als Gesundheitsminister war er angetreten, um unser Gesundheitssystem zu reformieren, weil „ohne Reform fährt unser Gesundheitssystem an die Wand“, wie er in einem Interview meinte.

Bereuter: Herr Rauch, haben Sie den Kurs unseres Gesundheitssystems an die Wand zu fahren, korrigieren können oder nur die Geschwindigkeit reduziert?

Rauch: Wir haben die Grundvoraussetzungen geschaffen, dass nicht in fünf Jahren Mehrkosten von 7 Milliarden entstehen und alles schlechter geworden wäre. Es wird vom stationären in den ambulanten Bereich verlagert werden, weil jetzt Viele in die Spitalsambulanzen kommen oder zu den Wahlärzten gehen müssen, weil das Angebot an niedergelassenen Vertragsärzten zu gering ist. Wir setzen auch mehr auf Vorsorge, was bisher völlig unterbelichtet war. Und wir setzen viel mehr auf Digitalisierung, dass Patienten ihre Unterlagen auch digital zur Verfügung haben und auch digital Vorabklärungen gemacht werden können, was andere Länder in Europa längst schon praktizieren. Unser Grundsatz: Beste, hochqualitative medizinische Versorgung für alle, unabhängig ihres Einkommens und ihres Wohnortes, egal ob Stadt oder Land oder welches Bundesland.

Bereuter: Warum ist eigentlich eine Krankenhausambulanz teurer als eine Ambulanz eines niedergelassenen Arztes? Skalenerträge würden doch etwas anderes besagen? Zumal in der Ambulanz in der Regel noch schlechter bezahlte, auszubildende Turnusärzte am Rande der Zumutbarkeit diagnostizieren müssen? Eine qualitätsvolle Triagierung müsste doch hier Kostenersparnisse mit sich bringen.

Rauch: Das hängt mit den geteilten Finanzierungsströmen zusammen. Spitäler werden durch die Länder finanziert und da sind es immer die Gesamtkosten. Würden die dort herausgelöst, hätten Sie recht. Aber Triagierung muss stattfinden und die fängt schon beim Anruf an. Patientenlenkung im System ist eine der Hauptherausforderungen, um die Qualität der Behandlung sicherzustellen und um die Kosten zu optimieren. Also ja, Triagierung muss stattfinden.

Bereuter: Stichwort Digitalisierung: Wir haben seit vielen Jahren das System „ELGA“, das nicht funktioniert, weil viele Ärzte aber auch die Krankenhäuser hier nicht mitmachen oder dabei sind. Wann wird dieses System geregelt?

Rauch: Jetzt noch vor dem Sommer, weil die Umsetzung der für den europäischen Gesundheitsdatenraum geforderten Datenplattform in die Umsetzung kommt. Es gab bisher keine Anschlusspflicht für ELGA, diese muss auch verpflichtend für Wahlärzte kommen und es kommt auch eine Diagnosekodierung. So werden die Datenwüsten von ÖGK, Spitälern, Niedergelassenen und ELGA zusammengeführt, die bisher nicht kompatibel waren. Diese Daten sind dann auch für den Gesundheitsminister und seine Steuerung wichtig. In der Corona-Pandemie haben wir hier im Verordnungswege etwas Klarheit schaffen können, also wer ist wegen Corona im Krankenhaus und wer mit der Nebendiagnose „Covid“. Das war vorher nicht möglich. Die Umsetzung läuft also und wird weiter beschleunigt. Auf europäischer Ebene sind wir sogar in der Umsetzungspflicht und müssen die Voraussetzungen schaffen, inkl. der Krankenhäuser, alle. Das bringt auch den Patienten enorme Vorteile, wenn die Daten gesammelt und strukturiert vorliegen. Meine Befunde und Patientendaten habe dann auch ich als Patient verfügbar.

Bereuter: Wer legt den Behandlungspfad fest und überwacht und verantwortet den? Der Hausarzt oder ...

Rauch: Jetzt soll so ein strukturierter Pfad kommen, auch weil dieser Pfad digitalisiert zur Verfügung stehen wird und zwar über die stationären und ambulanten Grenzen hinweg, sogar über die staatlichen Grenzen hinaus im EU-Raum – auf Knopfdruck verfügbar und sicher wie eine Bankomatkarte.

Bereuter: Nach einer neuen Umfrage sind nur knapp 49 % der ÖsterreicherInnen mit der medizinischen Versorgung (sehr) zufrieden. Was wird entscheidend sein, dass Sie im Herbst sagen können, dass Sie Ihren Job gut gemacht haben?

Rauch: Ich habe die Voraussetzungen geschaffen, dass wir die Probleme, die wir jetzt haben, die wir schon angesprochen haben, in den nächsten fünf Jahren Schritt für Schritt verbessern werden. Das kann nicht von heute auf morgen wirken und jetzt liegt es an den eingebundenen Systempartnern das die nächsten fünf Jahre mit der jährlichen Milliarde konsequent zu verfolgen und umzusetzen und es wird sich die Wirkung entfalten. Es macht sich nicht von selber, aber die Gesetze und die Budgetmittel sind da, es so aufzugleisen, dass die Richtung gemeinsam eingeschlagen wird. Und egal ob ambulant oder stationär, egal wer finanziert, es muss als Ganzes betrachtet werden. Im Zentrum steht die Patientin oder der Patient, nicht der Finanzierungsschützengraben der eigenen Organisation.

Bereuter: Die Ärztekammer sitzt nicht in dieser Zielsteuerungskommission und hat aber eine laute Stimme und wohl auch Macht. Sie haben sich ich als Nicht-Arzt mit der Ärztekammer angelegt. Was war hier der größte Erfolg?

Rauch: Dass es unsinnige Veto-Möglichkeiten, die die Ärztekammer hatte, einfach nicht mehr gibt. Zum Beispiel bei der Errichtung von Primärversorgungszentren oder bei den „Regionalen Strukturplänen Gesundheit“. Die Ärztekammer ist eine legitime Interessensvertretung, was gut ist, aber das Wohl der Patienten muss für mich immer im Vordergrund stehen, das war mein Zugang.

Bereuter: Warum war denn die Ärztekammer politisch so stark? Tut man sich leichter, wenn man nicht Arzt ist?

Rauch: Vermutlich ja, weil ich nicht auf meine eigene Standesvertretung Rücksicht nehmen muss. Ich habe auch keine Scheu, hier in Konflikte hineinzugehen. Traditionell hat die Ärzteschaft immer gute Beziehungen in die Politik gehabt und konnte so gut intervenieren.

Bereuter: Nach einer neuen Befragung ist die Zweiklassenmedizin längst Realität, 8 von 10 ÖsterreicherInnen sind der Meinung, dass Menschen, die es sich leisten

können, schneller behandelt werden und nur jeder Vierte meint, dass unser Gesundheitssystem fair ist und alle die gleiche Behandlung bekommen. Realität oder Meinung?

Rauch: Natürlich gibt es die Zweiklassenmedizin, das bestreite ich nicht. Im niedergelassenen Bereich sowieso, im stationären Bereich bei der „Sonderklasse“ in der Verpflegung und in der Belegung. Ob es sie sonst gibt, kann ich so gar nicht sagen. Aber politisch sollte es sie nicht geben und gesetzlich weiß ich es nicht. Aber ich würde das für nicht zulässig erachten, aber das muss ich checken. Das wäre ja schon am Rande der Korruption, wenn du als Selbstzahler schneller eine Leistung bekommst. Das checken wir.

Bereuter: Österreich hat EU-weit nach Griechenland und Portugal die höchste Ärztedichte: 543 ÄrztInnen pro 100.000 EinwohnerInnen, während Deutschland 453 aufweist. Bei den Allgemeinärzten liegt Österreich mit 149 pro 100.000 EW um fast die Hälfte über der deutschen Zahl. Hat unser KrankenhausbetriebsGmbH-Chef Gerald Fleisch recht, wenn er sagt, wir haben nicht zu wenig Ärzte, sondern sie teilweise am falschen Ort?

Rauch: Richtig, das teile ich. Wir bilden in Österreich seit Jahren ungefähr gleich viel Ärztinnen und Ärzte aus. Manche wandern in Ausland ab, aber wir haben auf alle Fälle zu viele im Wahlarztbereich und zu wenige in den kassenärztlichen Bereichen. Letzteres ist die größte Fehlentwicklung der vergangenen Jahre, weil die Verdienstmöglichkeiten in der Privatpraxis einfach besser waren. Hier müssen wir mit einem Gesamtvertrag und einem einheitlichen Leistungskatalog gegensteuern. Wir haben gerade einen „Facharzt für Allgemeinmedizin“ beschlossen, der diesen aufwertet und helfen soll, diese Entwicklung zu stoppen. Sehr positiv ist die Entwicklung bei den Primärversorgungszentren (PVZ), die jahrelang von der Ärztekammer blockiert wurden. Sie entwickeln sich weiter zahlenmäßig gut und die Zufriedenheit der dort Beschäftigten ist sehr hoch.

Bereuter: Im Bregenzwald gab es auch Überlegungen einer jungen Ärztin, ein PVZ zu machen, sie scheiterte an der Ärzteschaft im Tal und jetzt gibt es ein Primärversorgungsnetzwerk, bei dem die Ärzteschaft mit externen NotärztInnen und den Rettungsabteilungen zusammenarbeitet, aber kein Zentrum mit längeren Öffnungszeiten und multiprofessioneller Besetzung.

Rauch: Es gibt hier unterschiedliche Ausgestaltungsmöglichkeiten, wie bei den Kinderärzten teilweise in Vorarlberg geschehen. Im Bregenzwald kann über das Zusammenpacken von Verträgen so eine Einheit entstehen, mit anderen Professionen, wie Sozialarbeit oder Pflege. Die Einzelpraxis in jedem Ort wird nicht mehr funktionieren, es wird neue Modelle brauchen. Es braucht multiprofessionelle Angebote, bei denen auf Augenhöhe zusammengearbeitet wird, das ist ein weltweiter Trend.

Bereuter: Es gibt in Vorarlberg Überlegungen, eine private Medizin-Uni für die Allgemeinmedizin zu errichten. Was halten Sie davon?

Rauch: Also wenn man eine Privat-Uni machen will, würde ich raten sich die jüngsten Ereignisse an der Wiener Sigmund-Freud-Universität anzuschauen.

Bereuter: Hier ginge es aber um die Salzburger Paracelsus-Universität, die gerade in Bozen eine Kooperation gefunden hat.

Rauch: Ich bin für eine Ausbildung an einer öffentlichen Universität, bei privaten Unis muss man genau hinschauen und auch darauf schauen, was sie bedeuten.

Bereuter: Es gibt in Vorarlberg fast keine Privatkliniken wie in anderen Bundesländern. Vorarlberger weichen teilweise ins Tirol oder nach Deutschland aus. Fehlen bei uns Privatkliniken und wären die für einen Qualitätswettbewerb vielleicht sogar nützlich?

Rauch: Das Fehlen von Privatkliniken sehe ich eindeutig als Vorteil, weil es Aufgabe der öffentlichen Hand ist, politisch dafür zu sorgen, dass medizinische Versorgung, unabhängig meines Einkommens oder meiner Herkunft oder meines Wohnortes, zugänglich ist. Der gemeinwohlorientierte Zugang muss über der Gewinnorientierung stehen, wie bei den konfessionell geführten Krankenanstalten noch angenommen werden darf. Wo die Kommerzialisierung hinführt, kann man sich gerne im Vereinigten Königreich Großbritannien ansehen oder in den USA. Und dann ziehen diese privaten Kliniken auch Personal ab, das nur mehr denen zur Verfügung steht, die es sich leisten können, in Privatkliniken zu gehen. Sorry, als Minister bin ich für alle zuständig.

Bereuter: In naher Zukunft sollen ja die Amalgam-Füllungen, die von der Kasse bezahlt wurden, in der EU verboten werden. Was kommt dann bzw. haben doch Zahnärzte mit den privat zu bezahlenden weißen Kunststofffüllungen gut verdient?

Rauch: Die ÖGK prüft zur Zeit Alternativmaterialien und hier wird man sich auf eine Materiallösung einigen, die dann von den Kassen bezahlt werden wird. Aber das ist eine Frage an die ÖGK, die die Versorgung sicherzustellen hat.

Bereuter: Eine Abschlussfrage: War der Preis für die Regierungsbeteiligung der Grünen in Vorarlberg vor 10 Jahren aus heutiger Sicht zu hoch, also um das Eingeständnis zu einer weiteren Prüfung der Feldkircher Tunnelspinne, die heute im Brennpunkt der Klimaschützer steht und massiv bekämpft wird?

Rauch: Also wenn ich mir die Bilanz der grünen Regierungsbeteiligung heute, nach fast 10 Jahren, ansehe, was umgesetzt worden ist, zum Beispiel beim öffentlichen Verkehr oder den Radwegen, glaube ich unbedingt nein. Wenn ich allerdings an die veränderten Rahmenbedingungen denke, würde ich meinen, dass es 2024 keine Entscheidung mehr für die Tunnelspinne geben würde.

Bereuter: Was heißt das für die anstehenden Landtagswahlen?

Rauch: Also die wichtigste Wahl in diesem Land ist auf jeden Fall die bevorstehende Wahl zum Europäischen Parlament, das sollten wir den Menschen klar machen. Das ist so, und letztlich geht es darum, den Menschen klar zu machen, dass es um die Zukunft von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Nachhaltigkeit geht, um eine zukunftsorientierte Politik weiter betreiben zu können. Ich werde aber auch im Land wahlkämpfen, weil ich der festen Überzeugung bin, dass eine Fortsetzung der schwarz-grünen Koalition für unser Land hundertmal besser ist als eine mögliche schwarz-blaue Koalition.

Bereuter: Danke für das Gespräch und noch alles Gute als Minister in Wien.

Erinnerungen an den „Wold“

„Vom Wälderbähnle zu den Wäldertagen, 1964-1975“ betitelt der ehemalige Bahnhofsvorstand von Egg, Dieter Macek, seine Erinnerungen an seine Zeit im Bregenzwald. Er war nicht nur ein Proponent der „Wäldertage“, die sich in den 1970er-Jahren als Jugendkulturbewegung im Bregenzwald formierten, sondern auch ein „Roter“. Das verleitete Georg Suterlüty zu einem Aufsatztitel: „Als der Bregenzwald drohte Links zu werden.“ Dieter Macek stand mittendrin und beginnt seine Lebensschilderung wenig erfreulich: „Mein Chef, der Vorstand des Bahnhofes Hard-Fußbach, sagte einmal so nebenbei: ‚Dieter, du wirst mit sofortiger Wirkung nach Doren-Sulzberg versetzt. Dienstantritt übermorgen.‘ Mich traf fast der Schlag. Also hatte es auch mich erwischt. Immer wenn es bei der Wälderbahn einen Personalmangel gab, dann wurden junge Fahrdienstleiter vom Personaldirektor der Bundesbahndirektion Innsbruck einfach für einige Wochen in den Wald verdonnert. Genau das hatte mir gerade noch gefehlt – Doren-Sulzberg. Ohne zu murren, es war ja zwecklos, packte ich Kochgeschirr, Teller, Tassen, Besteck, Toilettenutensilien, Reservekleidung, Leintücher, Kopfpolster, Bücher usw. in meine Reisekoffer. Ich musste ja mit mehreren Wochen dienstlicher Verbannung rechnen. Doren-Sulzberg – die Bozenau, ein verlottertes Gasthaus, ein Stall und ein altes Wohnhaus. Lydia, die immer fröhliche Wirtin und einige alte nette Leute als Nachbarn. Sonst nur Fische in der Bregenzrach und Hasen auf den Wiesen. Neben der Fahrdienstleitung gab es zwei trostlose Räume. Ein Stahlrohrbett, ein Tisch und zwei Stühle, eine Kochplatte, ein Kohlenofen und eine Toilette anno 1902. Mein Kollege Manfred Krischanitz jubelte, als ich schwerbepackt aus dem Zug stieg. Er, der in Wien begeistert am kulturellen Leben teilnahm, dem Theater- und Opernbesuche selbstverständlich waren, der in Konzertsälen und Ausstellungen zuhause war, gerade er musste einige Monate an allen Bahnhöfen im Bregenzwald mit dienstlichem Nichtstun seine Zeit vergeuden. Während er seine Koffer füllte, legte er los: ‚Dieser Bregenzwald, das letzte Loch von Österreich. Kein Theater, kein Museum, kein Kino, alles bigotte Schwarze, Käse, Käse, Käse, Kühe, Kälber, Kirche, Küche, Kinder und die Diktatur der Pfaffen. Einen einzigen Schriftsteller hat dieses Tal hervorgebracht und den haben sie fertig gemacht, Sonderschule, Volksschule, Hauptschule und kein Gymnasium, mangelnde Bildung wegen mangelnder Möglichkeiten der Ausbildung von Doren bis Damüls. In den Monaten, die ich auf den Bahnhöfen von Kennelbach bis Bezau verbracht habe, gab es keine literarische Veranstaltung, keine Konzerte, nur dörfliche Tataräbblasmusik in Bierzelten mit Bierleichen und für die deutschen Feriengäste die Südtiroler Volkstanzgruppe, die Bäume sägt und sich hüpfend auf den Arsch klopf. Volkskultur nennen sie es – und so sind sie. Bin ich froh, dass ich wenigstens wieder nach Dornbirn versetzt werde.‘ Wochenlang hatte er Dienst in Lingenau, Langenegg und Doren gemacht. Ich hatte das Gefühl, dass er, dieser Großstadtmensch, im tiefen Tal der Ache vereinsamt und böse geworden ist.“ <http://tinyurl.com/3efwbyhe>

Alltagsradweg ins Rheintal

Kurt Bereuter

War im letzten Jahr noch die Absage von LR Daniel Zadra zu einer Weiterführung des Radweges von Bozenau nach Kennelbach der Aufreger, wurden in Folge die möglichen Alternativen für eine Radweganbindung des Bregenzwaldes an das Rheintal präsentiert. Von diesen übrig geblieben ist eine Variante durch das Schwarzachtobel, wo beim Achraintunnel die alte Straße als Alltagsradweg ausgebaut werden müsste und die Situation bis dorthin sich alles andere als einfach darstellt. Und was ist nun weiter zu erwarten? Zuerst muss klargestellt werden, dass es eine wichtige Unterscheidung gibt, die berücksichtigt werden muss. Ein Alltagsradweg muss möglichst schnell von A nach B führen und sicher für die Radfahrer und den motorisierten Verkehr sein. Ein Freizeitradweg muss zwar auch sicher für die Nutzer sein, aber er darf durchaus etwas länger sein und durch schöne Landschaften führen. Aber er ersetzt nicht in erster Linie Autofahrten, sondern bringt sportliche und/oder freizeithliche Nutzung mit sich und kann sogar motorisierten Verkehr verursachen, wenn das (E-)Bike zuerst hinten auf das Auto aufgeschnallt wird und zum Radweg automobil gefahren wird. Zudem kann ein kombinierter Rad- und Wanderweg auch Nutzungskonflikte mit sich bringen. Zurück zum Achtalweg. Nachdem zwei Rechtsgutachten zum Verfahrensrisiko für einen Achtalradweg ins Rheintal eingeholt wurden, und diese ein sehr hohes Verfahrensrisiko erhoben, ließ das Land Vorarlberg diese Variante fallen und beschloss stattdessen den „Bau“ des „Achtalweg-Neu“, wie es auf einer Aussendung der ÖVP, Bezirk Bregenzwald, heißt. Klubobmann Roland Frühstück sprach darin schon von ersten Sanierungsschritten des Weges, die 2024 geplant seien. Bereits 2026 soll dieser neue Achtalweg eröffnet werden, so Regioobmann Guido Flatz im selben Bericht. Ihm sei wichtig, „dass künftige Generationen dieses Naturparadies erleben können“ ... und, „dass die Wanderer mit diesem Natura 2000 Gebiet respektvoll umgehen“. So weit, so gut.

Geschäftsführer Lukas Schrott erklärte mir, dass auch der Radweg im Achtal ab Bozenau noch nicht aufgegeben sei und weiter eine mögliche Variante mit einer Tunnellösung und Kompensationsflächen im Spiel ist. Zwei jeweils ca. 500 Meter lange Radwegtunnel sind gemeint, die in geologisch besonders sensiblen Bereichen errichtet werden müssten. Diese optimistische Sichtweise gründet auf dem Gutachten des Osttiroler Büros „Revital“. Diese Variante wäre für die Regio naturschonend, sicher, brächte weniger Folgekosten mit sich und ist dafür in der Errichtung mit 50 bis 60 Millionen sehr teuer, so Schrott. So stehen für die Regio Bregenzwald also immer noch zwei Varianten für eine Radweganbindung zur Auswahl: das Achtal und die Variante in Nähe der L 200 mit Anbindung im Schwarzachtobel. Das Land Vorarlberg verfolgt nur mehr die L 200-Variante, weil das rechtliche Verfahrensrisiko, der Naturschutz und die geologischen Verhältnisse im Achtal einem Achtal-Radweg klar entgegenstehen. Lukas Schrott sieht auch bei der zweiten Variante, also der L 200-Variante, ein hohes Verfahrensrisiko, weil es viele Grundinanspruchnahmen brauche und auch massive Bauwerke nötig seien, die ebenfalls einen Rieseingriff in Natur und Landschaft erfordern würden. Die Regio wolle die Wälderbahntrasse erhalten, weil sie für eine historisch und kulturell bedeutsame Entwicklung für den Bregenzwald stehe und das auch in der Bürgermeisterversammlung so einstimmig beschlossen wurde, so der Geschäftsführer. Denn klar sei, nichts tun geht nicht aus Gründen der Haftung, da nun schon mal menschengemachte Bauwerke vorhanden seien und die das Haftungsrisiko mit sich bringen würden, erklärt Schrott. Der Weg laufe sonst Gefahr, dass er verlässlich abgesperrt und eine Begehung verhindert werden müsse. Das will aber fast niemand. Stellt sich nun die Frage: Wie passt das alles zusammen? Trampelpfad ausbauen und/oder Achtalradweg?

Was hat Kinderbetreuung im Bregenzwald mit Rollenmodellen zu tun?

Katharina Fuchs

Das Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz des Landes Vorarlberg ist letztes Jahr verabschiedet worden und tritt stufenweise in Kraft. Vorangegangen sind dem Gesetz jahrelange Diskussionen, vor allem darüber, in welchem Umfang Eltern Anspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz haben. Nun ist das Gesetz in Umsetzung. Aber haben die Diskussionen aufgehört?

Im Gegenteil. Geht es um die Betreuung von Kindern, entspannen sich sehr schnell sehr hitzige Gespräche mit stark polarisierenden Meinungen. Das Thema ist emotional, keine Frage, und alle wollen mitreden. Natürlich sind sich alle einig, dass das Wohl des Kindes an oberster Stelle stehen soll. Selbstredend. Wie dieses höchstmögliche Kindeswohl aber ausschaut, darüber scheiden sich die Geister. Was richtig oder falsch sein soll, wird oft mit moralischen Maßstäben gemessen. Und die Moral ist im ländlichen Raum nicht unbedingt die gleiche wie im städtischen Raum. Da wird schnell be- und verurteilt, wieviel Fremdbetreuung einem Kind in welchem Alter „zugemutet“ werden kann. Übrigens: Den Begriff der „Fremdbetreuung“ gibt es ausschließlich im deutschen Sprachgebrauch. Plagen sich die Städte und größeren Gemeinden in Vorarlberg mit dem Problem, genügend Kinderbetreuungsplätze mit entsprechend qualitätsvoller Betreuung anbieten zu können, ist die Situation in den Tälern (noch) eine andere. Das Kinderbildungs- und Betreuungsgesetz gibt vor, dass jedes Kind Anspruch auf einen Betreuungsplatz hat – entweder in der eigenen Heimatgemeinde oder in einer Gemeinde in maximaler Erreichbarkeit von 30 Minuten mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Seit letztem Jahr haben somit alle 3-5-jährigen Kinder Anspruch auf ganztägige Betreuung. Ab diesem Herbst trifft das auch auf die Schulkinder zu. Das Gesetz hat einiges in Bewegung gebracht – vor allem sind die Gemeinden in die Gänge gekommen und haben sich mit dem Thema auseinandergesetzt. Davor war eine Familie komplett davon abhängig, ob sie in einer Gemeinde mit einem/einer „familienfreundlichen Bürgermeister:in“ lebt oder nicht. Wirklich entscheidungsfrei ist die Familie heute immer noch nicht, denn nicht jede Gemeinde „lebt“ das Gesetz gleichermaßen. Es geht jetzt eher darum, wie gut die kleinen Gemeinden in der Region miteinander kooperieren und gemeinsam Lösungen für die Familien finden. Dazu braucht es vor allem zwei Kompetenzen: kunden- oder besser familienorientiertes Denken und Kooperationswille, bzw. Kooperationsfähigkeit. Kooperation gelingt mit Offenheit und der Bereitschaft, Wissen zu teilen, dem Glauben, dass es gemeinsam besser und erfolgreicher geht und dem Willen,

zusammen an den gesetzten Zielen zu arbeiten, um so gemeinsam Synergien zu schaffen. Es braucht ein Geben und Nehmen sowie eine aktive Kommunikation. Es ist erwiesen: Der Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen ist der effektivste Hebel, um die Erwerbstätigkeit von Frauen zu steigern und diese vor einer drohenden Altersarmut zu bewahren. Und es ist ein sehr wirksames Mittel für die Chancengleichheit unserer Kinder.

Was hindert die Familien nun daran, Betreuungsplätze in Anspruch zu nehmen und ihre eigene Erwerbstätigkeit auszubauen? Es gibt drei Einflussfaktoren: die jeweiligen Arbeitgeber:innen, die Frauen selbst und die Gesellschaft. Bei den Arbeitgeber:innen geht es um deren Flexibilität, Unterstützung und Verständnis. Wie sehr bemühen sich die Unternehmen darum, dass weibliche Fachkräfte ihre Erwerbstätigkeit mit Familie vereinbaren können? Viele Unternehmen haben es zum Glück schon verstanden: Vereinbarkeit von Beruf und Familie und damit Familienfreundlichkeit haben nicht primär mit Frauenförderung zu tun, sondern ganz grundsätzlich mit Arbeitgeberattraktivität. Die Frauen selbst: Sie tappen oft in die Fleißfalle: Sie erhöhen ihre Erwerbstätigkeit und meinen, sie müssen in allen Bereichen perfekt sein, um auch ja nichts zu vernachlässigen. Sie müssen es allein schaffen. Und stark sein. Und dann ist da noch unsere Gesellschaft, die sehr träge ist, was Veränderungen betrifft. Hier habe ich gemerkt: Es braucht vor allem Vorbilder. Wenn ich als Frau andere Frauen kenne, die Familie anders leben, bringt mich das zum Nachdenken. Ich beginne zu hinterfragen, ob das Familienmodell, das über viele Jahrzehnte in meiner Region üblich und somit als richtig angesehen wird, auch tatsächlich die einzige und für mich beste Möglichkeit ist, Familie zu leben. Hier auszuweichen, ist als junge Familie ohne Vorbilder sehr schwierig. Ich plädiere daher dafür, dass alle werdenden Eltern frühzeitig beraten werden und ihnen die verschiedensten Möglichkeiten der Aufteilung der Erwerbs- und Care-Arbeit aufgezeigt werden. Denn nur was ich kenne, kann ich auch in Betracht ziehen. Wir müssen gesellschaftliche Stereotypen als Herausforderungen verstehen und in Frage stellen. Denn: Veränderung passiert erst ab einer kritischen Masse. Bleiben wir dran – damit alle Familie so leben können, wie es für sie am besten ist. **Katharina Fuchs** ist Mutter von zwei Kindern, Supervisorin & Coach, und Vize-Bürgermeisterin in Langenegg.